

Alternde Demokratien und ihre Schulden

Der statistische Befund ist eindeutig. Die öffentlichen Haushalte weisen hohe Defizite aus und die Staatsschulden wachsen. Nicht immer, nicht überall, aber doch in der Tendenz ungebrochen lebt der Staat mehr und mehr über seinen Verhältnissen. Dies gilt für die USA, es gilt für Japan, es gilt für Deutschland und damit für die drei größten Volkswirtschaften der Welt. Die laufenden Defizite der öffentlichen Haushalte liegen in den USA bei über 4% des Bruttoinlandprodukts (BIP), in Japan bei über 8% und in Deutschland bei weit über 3%. Zwischen Ende 2000 und Ende 2004 stieg die staatliche Bruttoverschuldung in den USA von gut 40% des BIP auf fast 50%, in Japan von 120% des BIP auf rund 160% und in Deutschland von 60% des BIP auf 66%.

Sucht man nach den Ursachen der ausufernden Staatsverschuldung, wird man rasch fündig. In wirtschaftlich besseren Zeiten wurden die Geister gerufen, die man jetzt nicht mehr los wird. Die Ansprüche an den Staat sind in den letzten Dekaden gewaltig ausgebaut worden. Das betrifft vor allem die Sozialleistungen. Sie beanspruchten in Deutschland 1970 gut 40% aller Staatsausgaben. 2005 sind es fast 60%. Die Bruttoinvestitionen hingegen machen heute nur noch 3% der Staatsausgaben aus. 1970 waren es noch 12% gewesen. Die wenigen Zahlen machen vieles klar. Der Staat investiert nicht mehr in die Zukunft. Er fördert den Gegenwartskonsum. Er kann nicht in die Offensive gehen und mehr Geld für Forschung und Entwicklung ausgeben. Er ist in der Defensive, kontrolliert von den Interessengruppen, die ihre Besitzstände, staatlichen Zuschüsse und Transferleistungen verteidigen.

Gerade der Anstieg der Sozialausgaben entlarvt eine der zentralen Ursachen der hohen Staatsverschuldung. Er geht einher mit der demographischen Alterung der Gesellschaft. Das Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung ist von 36 Jahren 1970 auf 42 Jahre 2005 gestiegen. Die Lebenserwartung der 65-jährigen lag 1970 bei zwölf Jahren für Männer und bei 15 Jahren für Frauen. 2003 lag sie bei über 16 Jahren bei Männern und fast 20 Jahren bei Frauen. Die demographische Alterung der Gesellschaft hat nicht nur Rückwirkungen auf die Finanzierbarkeit der Renten. Sie hat auch immense Rückwirkungen auf die demokratischen Machtverhältnisse. Die Älteren und Alten werden zur Mehrheit, die Jüngeren und Jungen zur Minderheit. Den älteren Generationen fiel und fällt es leichter und leichter, ein Methusalemkomplott zu schmieden und sich gegen die jüngeren und nachfolgenden Generationen zu verschwören. Wegen der Mehrheitsverhältnisse gewinnt ein Schuldenkartell der heutigen älteren Generationen zulasten jüngerer und künftiger Generationen politischen Zulauf. Schon seit einer Weile haben die Entscheidungsberechtigten von gestern und heute beschlossen, dass man sich mehr staatliche Wohlfahrt leisten wolle, als man zu finanzieren willens oder fähig ist. Anstatt den Staat nur verteilen zu lassen, was die aktive Generation in Form von Steuern und Abgaben in die öffentlichen Haushalte einzahlte, begann man die Steuern und Abgaben nachfolgender Generationen zu verfrühstücken, etwa nach dem Motto, heute kaufen, morgen zahlen.

Ein besonders augenfälliges Beispiel eines Methusalemkomplotts stellt die Einführung der sozialen Pflegeversicherung Mitte der 1990er Jahre dar. Obwohl es schon damals offensichtlich war, dass die langfristige Finanzierung nicht gesichert ist, beschloss die Mehrheit der Volksvertreter, die soziale Pflegeversicherung zum Allgemeingut zu machen. Ist es nicht schon fast perfide, dieses



Thomas Straubhaar

einseitige Ausbeuten der Kindeskinde einen langfristigen „Generationenvertrag“ zu nennen? Als hätte man beim Schuldenmachen auch die Interessen der Kinder und Ungeborenen mit berücksichtigt. Im Konsens der Gegenwart geeinigt, gibt man sich die Hände und überwälzt die Last auf kommende Glieder in der Generationenkette.

Die wachsende Staatsverschuldung ist deshalb so fatal, weil ein immer größerer Anteil künftiger Staatseinnahmen für die Zinslasten der Altschulden verwendet werden muss. Nicht nur der konsumtive Gegenwartskonsum, sondern auch die vergangenheitsbezogenen Zinseszinsen verengen den finanziellen Gestaltungsrahmen für die Zukunft. Obwohl die Zinsen in den letzten Jahren auf historische Tiefststände gefallen sind, verschlingen in Deutschland die Passivzinsen jährlich rund 70 Mrd. Euro oder rund 7% aller Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Was aber, wenn die Zinsen eines Tages wieder anziehen werden? Dann wird bei einer Staatsschuld von gegen 1500 Mrd. Euro jeder Zinsanstieg um einen Prozentpunkt die Zinslast um 15 Mrd. Euro erhöhen. Das würde den finanziellen Handlungsspielraum des Staates weiter massiv einschränken.

Aus der Sicht des Kapitalmarktes wird eines deutlich: Wer heute Staatsschulden sät, hat ein Interesse, dass morgen Inflation geerntet werden kann. Es sind zwei Kräfte, die gleichermaßen und gleichgerichtet die Ersparnisse der Bevölkerung entwerten lassen. Zum einen ist der Staat an einer Billigzinspolitik interessiert, damit die Zinslasten nicht zu drückend werden. Tiefe Zinsen dürften aber die Sparneigung dämpfen und auch eine private Verschuldungsmentalität fördern. Private beginnen sich genauso leichtfertig zu verschulden wie der Staat. Es kommt zu starken Nachfrageimpulsen und spekulativen Blasen. Die Preisspirale dreht sich nach oben. Zum anderen hat der Staat ein Interesse an Inflation, weil sich so die realen Schuldenberge einfacher abtragen lassen. Zusammengekommen kommt es zu steigenden Inflationserwartungen, die sich früher oder später auch erfüllen dürften.

Es ist für vorausschauende Regierungen nicht einfach, sich von den Zinseszinsen der Vergangenheit und den konsumtiven Fesseln der Gegenwart zu befreien, um Gestaltungsfreiräume für die Zukunft zu öffnen. Schon gar nicht, weil die Zahl der Wähler(innen) zunimmt, die von staatlichen Transfers abhängig sind, und weil die Zahl jener abnimmt, die in die öffentlichen Kassen einzahlen. Rentner(innen), Sozialhilfeempfänger(innen), Opfer des Strukturwandels, Arbeitslose und Beschäftigte im öffentlichen Dienst fordern die ihnen zugesagten und die vor Wahlen versprochenen staatlichen Leistungen ein. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse wird es für Politiker(innen) immer schwieriger, sich gegen die kurzfristigen Interessen der heutigen Generation für die Belange der Kindeskinde einzusetzen, die weder wählen noch lautstark protestieren können. Wer ist unter diesen Umständen bereit, den Staatshaushalt auf der Ausgabenseite zu sanieren und die konsumtiven Ausgaben zurückzufahren? Wer widersteht der Versuchung, das staatliche Defizit durch immer neue Einnahmenquellen decken zu wollen oder gar weitere Schulden in Kauf zu nehmen? Kurzum, wer wagt es, den schwierigen Weg einzuschlagen und den heute lebenden Wähler(inne)n Ausgabenkürzungen zuzumuten, die erst kommenden Generationen zu Gute kommen?

Schuldenbremsen und Stabilitätspakte sind das eine, um künftige Generationen vor der Ausbeutung der älter werdenden Mehrheit zu schützen. Den Staat gar nicht erst so groß und mächtig werden zu lassen, ist das andere. Beides ist in Deutschland nur schwer zu vermitteln und politisch kaum durchsetzbar. Aber wem die Zukunft und nicht nur die Gegenwart am Herzen liegt, hat keine andere Wahl. Sonst werden die Kindeskinde keine Wahl mehr haben.